



Erklärung der Staats- und Regierungschefs der G7 zur Ukraine

Erklärung der Staats- und Regierungschefs der G7 zur Ukraine
Wir, die Staats- und Regierungschefs Deutschlands, Frankreichs, Italiens, Japans, Kanadas, des Vereinigten Königreichs und der Vereinigten Staaten sowie der Präsident des Europäischen Rates und der Präsident der Europäischen Kommission rufen die Russische Föderation auf, alle Versuche zur Änderung des Status der Krim zu beenden, die gegen ukrainisches Recht und das Völkerrecht verstoßen. Wir fordern die Russische Föderation auf, Maßnahmen zur Unterstützung eines Referendums über den Status der Krim auf deren Gebiet, welche die ukrainische Verfassung unmittelbar verletzen, unverzüglich einzustellen. Ein solches Referendum hätte keine Rechtskraft. Aufgrund der unzureichenden Vorbereitung und der einschüchternden Präsenz der russischen Truppen wäre es darüber hinaus ein zutiefst fehlerhafter Prozess ohne moralische Wirkung. Aus all diesen Gründen würden wir das Ergebnis nicht anerkennen. Eine Annektierung der Krim durch Russland wäre eine klare Verletzung der VN-Charta, der russischen Verpflichtungen aus der Schlussakte von Helsinki, der von Russland gegenüber der Ukraine im Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und Partnerschaft von 1997 eingegangenen Verpflichtungen, des Stationierungsabkommens zwischen Russland und der Ukraine von 1997 und der im Budapester Memorandum von 1994 von Russland eingegangenen Verpflichtungen. Zusätzlich zu den Auswirkungen, die eine Annektierung der Krim auf die Einheit, Souveränität und territoriale Unversehrtheit der Ukraine hätte, könnte sie schwerwiegende Folgen für die rechtliche Ordnung, welche die Einheit und Souveränität aller Staaten schützt, nach sich ziehen. Sollte die Russische Föderation einen solchen Schritt unternehmen, werden wir weitere Maßnahmen - sowohl einzeln als auch gemeinsam - ergreifen. Wir rufen die Russische Föderation auf, den Konflikt auf der Krim und in anderen Teilen der Ukraine unverzüglich zu entschärfen, ihre Truppen auf die Vor-Krisen-Stärke zurückzuführen und in die Kasernen zurückzuziehen, direkte Gespräche mit der Regierung der Ukraine aufzunehmen und die Vermittlungs- und Beobachtungsangebote der internationalen Gemeinschaft in Anspruch zu nehmen, um etwaige legitime Anliegen aufzugreifen. Wir, die Staats- und Regierungschefs der G7, fordern Russland dringend auf, gemeinsam mit uns auf diplomatischem Wege an der Lösung der gegenwärtigen Krise zu arbeiten und Fortschritte in Richtung auf eine souveräne, unabhängige, integrative und geeinte Ukraine zu unterstützen. Ferner erinnern wir die Russische Föderation an unsere Entscheidung, unsere Beteiligung an Aktivitäten im Zusammenhang mit der Vorbereitung eines G8-Treffens in Sotschi auszusetzen, bis Russland seinen Kurs ändert und ein Umfeld hergestellt ist, in dem sinnvolle Gespräche im Rahmen der G8 wieder möglich sind.
Presse- und Informationsamt der Bundesregierung
Dorotheenstr. 84
10117 Berlin
Deutschland
Telefon: 030 18 272-0
Telefax: 030 18 10 272-0
Mail: internetpost@bundesregierung.de
URL: <http://www.bundesregierung.de/>

Pressekontakt

Bundesregierung

10117 Berlin

bundesregierung.de/
internetpost@bundesregierung.de

Firmenkontakt

Bundesregierung

10117 Berlin

bundesregierung.de/
internetpost@bundesregierung.de

Das Volk übt die Staatsgewalt in Wahlen aus und hat auch das letzte Wort bei der Kontrolle der wichtigsten Einrichtungen des Staates, den fünf "Verfassungsorganen". Diese sind der Bundestag und der Bundesrat mit gesetzgebenden Aufgaben ("Legislative"), das Bundesverfassungsgericht zur höchsten Rechtsprechung ("Judikative") und schließlich der Bundespräsident und die Bundesregierung, die ausführende Aufgaben übernehmen ("Exekutive"). Die Bundesregierung steuert die politischen und staatlichen Geschäfte. Sie besteht aus dem Bundeskanzler sowie den Bundesministern. Zusammen bilden sie "das Kabinett".